

Zentralisierung

1. Baden-Württemberg steuert seit Jahren einen zentralistischen Kurs mit einer starken Fixierung auf die Region Stuttgart.

Dies geschah und geschieht zu Lasten der anderen Regionen des Landes und vor allem des badischen Landesteils und widerspricht auch dem in der Landesverfassung festgelegten dezentralen Prinzip.

Sind Sie bereit, sich für eine Korrektur dieser Politik einzusetzen, alle Landesteile zu fördern und mit dezentralen Strukturen die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes zu erhöhen?

Dazu gehören auch die kritische Prüfung der künftigen Fusionen lokaler Institutionen sowie die Dezentralisierung von Landesbehörden.

Setzen Sie sich für die Unterstützung regionaler Bereiche und mittelständischer Unternehmen ein?

Antwort auf 1.: Ja.

Wir würden uns beispielsweise dafür einsetzen, die Abwicklung des SWR Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg rückgängig zu machen, bzw. zumindest das fusionierte Orchester von Stuttgart nach Baden-Baden (dem Standort von SWR und Festspielhaus), zu verlegen. Baden soll nicht auf dieses erstklassige Orchester, das insbesondere im Bereich der Neuen Musik Weltruf genießt, verzichten müssen.

Es gibt eine Reihe weiterer Beispiele, deren Diskussion hier aber zu weit führen würde.

Landtag

2. Die Stuttgarter Dominanz im baden-württembergischen Landtag ist ein Ärgernis und eine erhebliche Benachteiligung der anderen Regionen des Landes.

Während der Bevölkerungsanteil dieses Raumes lediglich 19,1% beträgt, entspricht die Zahl der Abgeordneten 28,5% der Mitglieder des Landtages.

Sind Sie bereit, dieses krasse Missverhältnis in der nächsten Legislaturperiode durch politische Initiativen zu beseitigen und damit eine ausgewogenere Zusammensetzung des Landtags anzustreben?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses Ziel durch Änderungen des Wahlgesetzes zu erreichen?

Antwort auf 2.: Ja. Das Wahlgesetz Baden-Württembergs muss überprüft werden. Ob das genannte Ziel mit einer Wahlgesetz-Änderung erreicht werden kann, wird sich dann zeigen.

Finanzielle Unterstützung der Regionen

3. Die Konzentration großer und finanziell extrem aufwendiger Vorhaben im Raum Mittlerer Neckar wie Stuttgart 21 hat dazu geführt, dass wichtige Projekte der Verkehrsinfrastruktur in anderen Teilen des Landes sträflich vernachlässigt werden. Darunter leidet besonders auch der badische Landesteil.

Sind Sie bereit, gegenüber der Landesregierung mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die dringenden Verkehrsvorhaben in Baden, wie der Ausbau der Güterverkehrs- und ICE-Strecke bis Basel und deren Verknüpfung mit dem TGV-Est über Straßburg mit dem Ausbau der Appenweierer Kurve kurzfristig vorankommen?

Sind Sie ferner bereit, sich für den Anschluss des

Baden-Airparks an die A5 und den Schienenverkehr einzusetzen?

Erklären Sie Ihre Unterstützung für die Weiterentwicklung des Baden Airparks?

Antwort auf 3.: Die genannten Projekte sind Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans. Insoweit ist in Berlin auf baldige Realisierung zu drängen. Insbesondere der viergleisige Ausbau der Rheintalbahn ist wichtig.

Wir befürworten den direkten Anschluss des Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden (FKB) an die A5, nicht nur wegen des Flughafens, sondern auch, um die derzeit unter dem Flughafenzubringerverkehr leidenden Gemeinden zu entlasten. Eine Schienenanbindung des Flughafens (Stadtbahn) ist eine langfristige Option, die bei positiv ausfallender Nutzen-Kosten-Rechnung weiterzuverfolgen ist. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass der Fluggastverkehr allein dafür eine hinreichende Fahrgastnachfrage generiert.

Tri-Nationale Oberrheinregion

4. Die Städtelandschaft am Oberrhein ist Teil einer starken europäischen

Entwicklungssachse von Rotterdam bis Mailand.

Sie stellt mit ihrer bereits bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine europäische Kernregion mit großen Zukunftschancen dar, die bisher zu wenig genutzt wurden.

Sind Sie bereit darauf hinzuwirken, dass dieser Raum, entsprechend dem Beschluss des Landtages von Baden-Württemberg, über das Rhein-Neckar-Dreieck hinaus zur Europäischen Metropolregion erhoben wird?

Würden Sie eine mögliche Einbeziehung des Pamina-Raums und des Eurodistrikts Straßburg/Ortenau befürworten?

Die TMO Region hat in

grenzüberschreitender Zusammenarbeit in
Bildung, Wissenschaft und anderen
Institutionen eine große Perspektive.

Erklären Sie Ihre Bereitschaft zur Unterstützung
dieser regionalen Strukturen im internationalen
Verbund?

Antwort auf 4.: Ja. Diese Thematik wurde bereits mehrfach im Planungsausschuss des
Regionalverbands Mittlerer Oberrhein, in dem wir vertreten sind, diskutiert. Erste Maßnahmen
wurden auf den Weg gebracht, was wir unterstützt haben. Weitere werden folgen.

Städtebauförderung

5. Die Städtebauförderung sah in den Jahren
2008-2015 im Land Baden-Württemberg so
aus, dass der Badische Landesteil 602 Mio
Euro, der Württembergische Landesteil 932
Mio Euro erhalten hat.

Werden Sie darauf einwirken, diese Schieflage in die
richtige Balance zu bringen?

Berücksichtigt man die Bevölkerungsanteile
müsste Baden 652 Mio Euro und der
Württembergische Teil mit nur 882 Mio Euro
berücksichtigt werden.

Antwort auf 5.: Ja. Förderungen müssen bedarfsorientiert und fair verteilt werden.

Voraussetzungen in den einzelnen Städten und
Gemeinden des Landes zu unterschiedlich
Kulturelle Förderung

6. Kultur

Bei der Kulturförderung ist der badische
Landesteil gegenüber dem
württembergischen stark benachteiligt.

Gemäß den Staatshaushaltsplänen 2012 – 2016 ergibt sich für den badischen Landesteil bezogen auf den Einwohneranteil eine um 74 Mio. € geringere Förderung als für den württembergischen Landesteil.

Was wollen Sie tun für eine gerechte Kulturförderung, damit der badische Landesteil nicht benachteiligt wird?

Antwort auf 6.: Wir wollen eine gerechtere Kulturförderung einfordern, vgl. Antwort auf 1. und 5..
Universitäten und Hochschulen

7. Es herrscht bei der Finanzierung der Universitäten im Land ein großes Ungleichgewicht. In den zurückliegenden Jahren wurden die Badischen Universitäten gegenüber den württembergischen mit den Zuschüssen je Studierendem stark benachteiligt. Für die Badischen Universitäten ergab sich ein durchschnittlicher jährlicher Minderbetrag von ca. 84,50 Mio Euro!! Alleine in dem Zeitraum von 2003 – 2014 ergab sich dadurch ein Minderzuschuss in Höhe von 1,37 Mrd. €.

Die Dualen Hochschulen werden zentralistisch von Stuttgart aus gesteuert und Eigeninitiativen nahezu unterbunden.

Was wollen Sie tun um zu verhindern, dass es künftig wieder zu einem solchen Ungleichgewicht kommt?

Und was wollen Sie tun um den Minderzuschuss der vergangenen Jahre auszugleichen?

Unterstützen Sie die Eigenständigkeit der einzelnen

DHBWs und wie wollen Sie das erreichen?

Antwort auf 7.: Wir werden darauf achten, dass die Gelder fair verteilt werden. Wie das zu bewerkstelligen ist, werden wir sehen, wenn wir im Landtag sind und uns in diese Thematik einarbeiten.

Wissenschaftsstandort und KIT Förderung

8. Das Land hat mit der Fusion von Uni Ka und FZK zum KIT ein einmaliges Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungszentrum in Karlsruhe erhalten.

Wichtig ist nun, dass das KIT die zugesagte Selbstständigkeit in allen Bereichen erhält.

Sind Sie bereit sich vorbehaltlos für diese Eigenständigkeit des KIT einzusetzen und auch die entsprechende Finanzierung sicher zu stellen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das KIT die Differenz zwischen erhaltenen Overhead-Mitteln und tatsächlichen Kosten bei Einwerbung von Drittmitteln durch das Land ausgeglichen wird?

Antwort auf 8.: Ja, das werden wir, in so weit wie Landesmittel betroffen sind. Die zur Finanzierung des KIT genutzten Bundesmittel sind ebenfalls essentiell.

Mittel der Landesstiftung für das ganze Land

9. Die Erträge der Landesstiftung gehen zum überwiegenden Teil in den

Württembergischen Teil. Eine Transparenz darüber ist nicht vorhanden.

Erhaltungswürdige Kulturgüter oder Einrichtungen wie z. B. die Majolika gibt es im Badischen und Württembergischen genug.

Werden Sie sich für eine offene und transparente

Mittelvergabe einsetzen? Unterstützen Sie den Erhalt

und die effektive Absicherung der Majolika?

Wie wollen Sie hier eine Angleichung erwirken?

Antwort auf 9.: Ja. Offenheit und Transparenz bei der Vergabe finanzieller Mittel herzustellen ist generell eines unserer Haupt-Ziele.

Das Beispiel Majolika ist schwierig, da sich die Majolika im Umbruch befindet. Hier ist in den letzten 20 Jahren viel versäumt worden. Es wäre wichtig gewesen, dass das Land für eine geeignete Unterbringung und Infrastruktur gesorgt hätte. Diese Versäumnisse haben dazu beigetragen, dass die Majolika in die derzeit schwierige Situation gekommen ist.

Förderung aller Messeaktivitäten

10. Das Messekonzept des Landes bevorzugt

die Stuttgarter Messe auf den Fildern. Die

Entwicklung des Landes sollte alle Messen

unterstützen.

Werden Sie sich für Korrekturen am baden-

württembergischen Messekonzept mit dem Ziel

einsetzen, die badischen Messestandorte im Land

stärker zu fördern?

Werden Sie ferner darauf hinwirken, dass der

offensichtlichen Tendenz der mit Landesmitteln hoch

subventionierten Messe Stuttgart, Veranstaltungen

auch von anderen Regionalmessen abzuwerben, ein

Riegel vorgeschoben wird?

Antwort auf 10.: Ja. Es ist völlig inakzeptabel, dass Subventionen des Landes dazu benutzt werden, die Existenzgrundlage dezentral operierender Unternehmen zu schwächen. Das gilt auch für die Messen.

Stuttgarter Zoo

11. Das Land unterhält in der Wilhelma den

einzigsten staatlichen Zoo in Deutschland.

Auch andere kulturelle Einrichtungen wie

Theaterakademie, Akademie Schloss

Solitude Filmakademie, Haus der
Gegenwartskunst, Haus der Geschichte,
Haus des Buches werden ausschließlich
durch das Land finanziert.

Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, dass die Stadt
Stuttgart, als „reichste Stadt der Bundesrepublik“, die
Wilhelma in städtische Regie übernimmt und sich an
der Finanzierung der anderen kulturellen
Einrichtungen finanziell beteiligt?

Sind Sie bereit, die entsprechenden Einrichtungen
wie das Radio-Sinfonie-Orchester Baden-
Baden/Freiburg in den Oberzentren Baden-
Württembergs in gleicher Weise finanziell zu
unterstützen?

Antwort auf 11.: Grundsätzlich ja.
Grundsätzlich sollten Einrichtungen einer Stadt auch durch diese finanziert werden. Allerdings gibt es auch in Karlsruhe Einrichtungen, die durch das Land finanziert werden (z.B. die Badische Landesbibliothek). Deshalb muss man mit Augenmaß an kooperative Finanzierungen durch das Land und die jeweilige Stadt herangehen.

Generelle Bemerkung: Genauso wie strikte Frauenquoten durch die AfD abgelehnt werden, möchten wir Landesmittel auch nicht, strikt nach einer Baden- bzw. Württemberg-Quote aufgeteilt eingesetzt wissen. Denn das bedeutete im Zweifelsfall, man fördert nur der Quote willen im einen Landesteil etwas Nachrangigeres, obwohl es im anderen Landesteil Wichtigeres gäbe. Eine Entscheidung sollte immer sachorientiert und nicht nach Quote erfolgen. Das kann durchaus bedeuten, dass im Badischen, bei entsprechendem Bedarf, auch einmal mehr Mittel ausgegeben werden, als diesem Landesteil nach einer starren Quote zukäme.

Sportförderung -Fußball

12. In den letzten 10 Jahren wurde das
ehemalige Neckarstadion in Stuttgart u.a. aus
nicht unerheblichen Mitteln des Landes 3 mal
umgebaut. Es sollten alle Stadien von
Bundesligavereinen gefördert werden.

Wie wollen Sie die Badischen Interessen in diesem
Bereich vertreten?

Welche klaren Förderrichtlinien würden Sie für das
ganze Land vorgeben wollen?

Antwort auf 12.: Bundesligastadien sollten grundsätzlich nur durch die nutzenden Vereine finanziert werden. Dass sie von der jeweiligen Kommune unterstützt werden, ist aufgrund der wirtschaftsbelebenden Effekte akzeptabel. Völlig inakzeptabel ist aber, dass einzelne Vereine mit Mitteln des gesamten Landes besonders unterstützt werden. Dies bedeutet nicht nur eine Zweckentfremdung von Steuergeldern, sondern widerspricht auch den Regeln der sportlichen Fairness.

Von: LV-Baden [mailto:LV-Baden@gmx.de]
Gesendet: Samstag, 5. März 2016 18:04
An: LV-Baden
Betreff: Wahlprüfsteine zur Landtagswahl BW

Liebe Mitglieder der Landesvereinigung Baden in Europa,
der Vorstand der LV Baden hat vor der Wahl den Parteien, die laut Umfragen Chancen auf den Einzug in den Landtag haben, Fragen gestellt.
Diese und die ausführlichen Antworten – die AfD hat nicht geantwortet – finden Sie auf unserer Homepage und im Anhang.
Für Ihre Wahlentscheidung sind diese Antworten hilfreich.
Wichtig ist, zur Wahl zu gehen, damit der badische Landesteil eine hohe Wahlbeteiligung erhält.
Mit badischen Grüßen
Prof. Robert Mürb